

Raubbau: HeidelbergCement beutet Rohstoffe im besetzten Westjordanland aus

Joachim Guilliard, 19.01.2011

Einer der weltweit größten Baumaterial-Hersteller betreibt völkerrechtswidrig einen Steinbruch und Fabriken in den von Israel besetzten Gebieten – Die Bundesregierung schweigt.

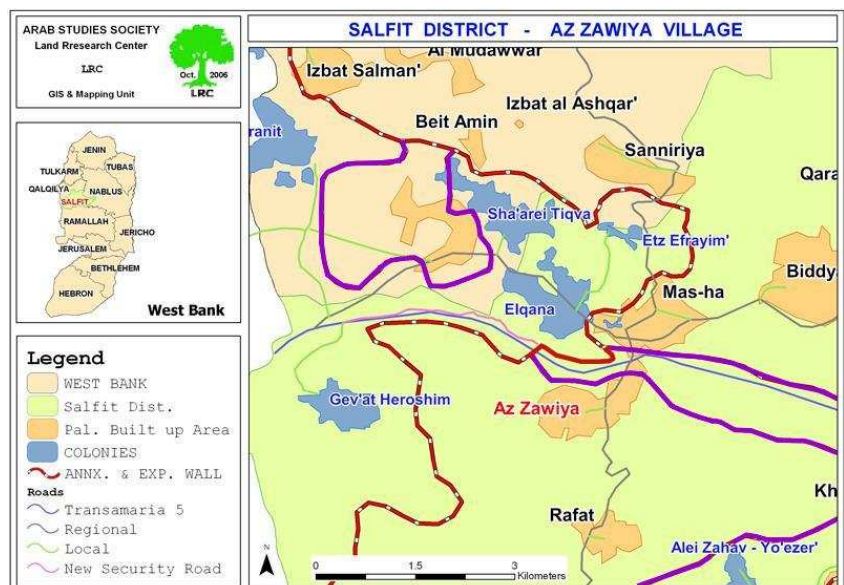
[HeidelbergCement](#) ist seit der Übernahme des britischen Baustoffkonzerns [Hanson PLC](#) im August 2007 (für 14 Mrd. Euro) in Israel vertreten. Die Tochter „Hanson Israel“ produziert Zuschlagstoffe, Asphalt und Transportbeton. Sie betreibt neben drei Standorten zum Abbau von Zuschlagstoffen zwei Asphaltwerke und 26 Transportbetonwerke.¹

Ein Steinbruch und ein Asphaltwerk (südlich von Elkana) und zwei Betonwerken (in *Modiin Illit* und *Atarot*) befinden sich auf besetztem Territorium im Westjordanland.²

Das kriminellste Engagement dabei ist die Ausbeutung von Rohstoffen im Steinbruch *Nahal Raba*. Der riesige Steinbruch liegt auf der Gemarkung der Gemeinde Az Zawiya (oder As Safiya), südlich der [israelischen Siedlung Elkana](#). Wo die Dorfbewohner einst Weizen anbauten und Ziegen weideten, wird nun Betonzuschlag abgebaut. Brunnen, mit denen die Palästinenser einst ihre Felder bewässerten, wurden wegplaniert. Nach Angaben des „Applied Research Institute in Jerusalem“ (ARIJ) wurden den Bauern, die ohnehin stark unter dem israelischen Landraub zu leiden hatten (s.u.), dafür über 500 Dunum Ackerland genommen, das sind 50 Hektar bzw. ein halber Quadratkilometer.³ Er liegt außerhalb des Trennungswalls, zwischen dieser und der grünen Linie.

Hanson Israel ist eines von 11 israelischen Unternehmen, die Baustoffe im Westjordanland abbauen. Mittlerweile holt sich Israel bereits ein Viertel seines mineralischen Baumaterials aus den besetzten Gebieten, über 10 Millionen Tonnen jährlich.⁴ Das ist nicht nur ein Raub von Ressourcen, sondern belastet natürlich auch die Bevölkerung und die Umwelt in der Umgebung der Abbaustätten erheblich.

Die Haager Landkriegsordnung untersagt Besatzungsmächten eindeutig, sich Rohstoffe aus besetzten Gebieten anzueignen und verpflichtet sie, jeglichen Gewinn, der mit der Ausbeutung von Rohstoffen erzielt wird, über einen Fonds der örtlichen Bevölkerungen zu Gute kommen lassen.



Die rote Linie ist der Trennungswall, (lila: zukünftiger Verlauf) „Gev'at Heroshim der Steinbruch.“
Quelle: LRC, www.poica.org

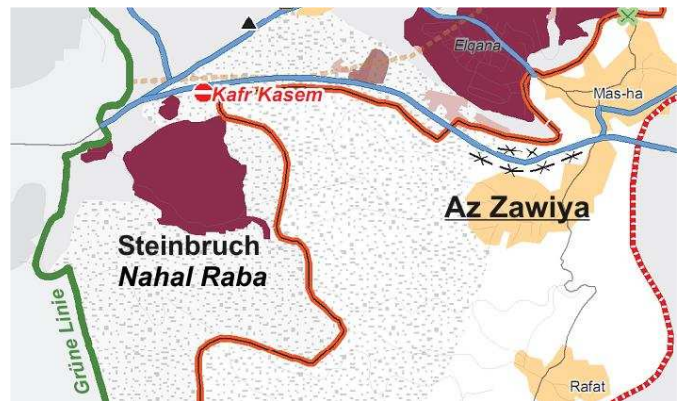
¹ Siehe [Länderinformation zu Israel](#) auf der Homepage von HeidelbergCement, www.heidelbergcement.com

² Siehe [Eintrag](#) zu Hanson Israel (formerly: Pioneer Concrete Israel) auf dem Portal Who Profits, www.whoprofits.org

³ [More of Az Zawiya village lands confiscated for the construction of a security road](#), LRC, 9.10.2006

⁴ [Desert's Sand and Rocks Become Precious Resources in West Bank Dispute](#), NYT, 7.3.2009

Vertreter der involvierten Firmen behaupten zwar, dass die Abgaben, die sie für die Förderung an den israelischen Staat bezahlen in den besetzten Gebieten reinvestiert würden und dadurch auch die Palästinenser vom Abbau profitieren würden. Eine Regierungsstudie stellte 2008 jedoch das Gegenteil fest.⁵ Drei Viertel des Materials geht ins israelische Kernland, Palästinenser können es sich nur auf dem allgemeinen Markt kaufen. Es profitieren nur die Konzerne und der israelische Staat.



Quelle: [West Bank Closures - Salfit](#), UN OCHA, Jan.2006
www.ochaopt.org

Klage von Yesh Din vor dem Obersten Gericht in Israel

Im März 2009 hat daher die israelische Menschenrechtorganisation Yesh Din Klage beim Obersten Gericht Israels gegen die Steinbruch-Aktivitäten von 11 israelischen Firmen, einschließlich Hanson Israel, in der Westbank eingereicht.⁶

Die Anwälte von Yesh Din verweisen in ihrer [Klageschrift](#) auf die Haager Landkriegsordnung von 1907, die IV. Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen im Krieg von 1949 sowie die Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen von 1977 und fordern das Gericht auf, diesen eindeutig illegalen Aktivitäten ein Ende zu setzen, die eine „deutliche und hässliche koloniale Ausbeutung des Landes darstellt, das wir an uns gerissen haben.“

Diese Praxis erinnere an Besatzungen in alten Zeiten, als es noch kein Völkerrecht gab, und der Sieger das besetzte Land ausplünderte, seine Wirtschaft und Bewohner versklavte und die natürlichen Ressourcen der Besiegten ins eigene Land holte.⁷

Juristisch sei ihre Klage sehr gut begründet, man müsse „massive interpretative Virtuosität“ an den Tag legen, wenn man ihrer Argumentation nicht folgen wolle, so Michael Sfar, einer der Anwälte von Yesh Din. Der Oberste Gerichtshof habe wiederholt bestätigt, dass die Haager Landkriegsordnung auf das Westjordanland anwendbar ist.⁸

Die israelische Regierung antwortete, dass sie die weitere Landvergabe für Gesteins- und Kiesabbau einfrieren und den Ausbau bestehender Steinbrüche und Kiesgruben vorerst unterbinden werde. Sie kündigte an, die Legalität des Abbaus in den besetzten Gebieten prüfen zu lassen und forderte dafür zweimal eine sechsmonatige Verschiebung der Verhandlung.

Sie betonte jedoch in ihren Antworten auch, dass sie keineswegs die Absicht habe, die Ausbeutung der bestehenden Steinbrüchen und Gruben zu stoppen. Sie bestätigt auch, dass das Gros des im Westjordanland abgebaute Material nach Israel geht und der Rest in die israelischen Siedlungen.

Im Mai 2010 veröffentlichte die israelische Regierung ein umfassendes Dokument über ihre Gesteins- und Kiesabbau-Politik im Westjordanland. Sie behauptet darin, dass ihr bisheriges Vorgehen rechtmäßig gewesen sei, Israel aber keine neue Steinbrüche mehr zulassen werde. Yesh Din stellt fest, dass die Regierung in diesem Report zum ersten Mal öffentlich die Legalität der Abbauaktivitäten im Westjordanland in Frage stellt, nachdem sie bisher ohne Rücksicht auf rechtliche Belange agierte. Yesh Din hofft nun auf einen Gerichtsentscheid in 2011.

Die Petition und die Antworten der israelischen Regierung findet man auf der entsprechenden [„Legal Action“-Seite](#) der Yesh Din Homepage www.yesh-din.org.

⁵ ebd.

⁶ [Legality of quarry activity in the West Bank](#) -- Yesh Din calls for the total halt of Israeli quarry and mining activity in the West Bank, Yesh Din, 9.3.2009

⁷ siehe Adri Nieuwhof, [HeidelbergCement versucht, Steinbrüche in der Westbank zu verkaufen da der juristische Boykottdruck wächst](#), Electronic Intifada, 13.7.2009

⁸ [Mining in W. Bank violates international law'](#) -- Yesh Din files court petition claiming Israel violating int'l law by exploiting natural resources, Jerusalem Post, 3.9.2009

HeidelbergCement in der Verantwortung

Vor fünf Jahren bekräftigte der Internationale Gerichtshof in seiner Entscheidung zur Trennungsmauer, dass Israel in den palästinensischen Gebieten eine Besatzungsmacht ist und Landnahme und Siedlungsbau im Westjordanland einschl. Ostjerusalem eindeutig illegal sind.

Da Israels Abbau palästinensischer Rohstoffe für den eigenen Bedarf, die Siedlungen und die Mauer, zweifelsfrei genauso wie die Siedlungen gegen internationales Recht verstoßen, beteiligt sich HeidelbergCement an Israels Völkerrechtsverletzungen und schädigt direkt die Interessen der einheimischen palästinensischen Bevölkerung.

HeidelbergCement kann sich nicht damit herausreden, dass sein Tochterunternehmen von Israel die Rechte zum Abbau erhalten hat. Auch transnationale Konzerne sind selbstverständlich verpflichtet, internationales Recht einzuhalten.

Human Rights Watch (HRW) geht im Kapitel „Corporate Involvement in Settlements“ ihres jüngsten Reports über diskriminierende Behandlung der Palästinenser in den besetzten Gebieten auf dieses Thema ein.⁹

Für HRW ergibt sich die Verpflichtung internationaler Konzerne, Humanitäre Völkerrecht und Menschenrechte zu achten, schon aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. In deren Präambel wird von „jedem Organ der Gesellschaft“ die Einhaltung der Regeln gefordert. Zudem sind Firmen meist auch über nationale Gesetze an das internationale Recht gebunden, da dieses i.d.R. in das nationale Recht eingebunden wurde.

2003 definierte die UN-Unterkommission „zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte“ einen Katalog mit 23 Normen für die völker- und menschenrechtlichen Verantwortlichkeiten transnationaler Konzerne.¹⁰

Die primäre Verantwortung für Achtung, Schutz und Förderung der Menschenrechte liegt demnach zwar weiterhin bei den Regierungen, die neuen Normen schreiben aber darüber hinaus auch den Unternehmen eine direkte Verantwortung für die Menschenrechte innerhalb ihres Tätigkeits- und Einflussbereiches zu.¹¹

Die Normen 10 bis 12 beschreiben die Regeln zur Achtung der nationalen Souveränität und der Menschenrechte.

In Norm 10 heißt es „Transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen anerkennen und achten die anwendbaren Normen des Völkerrechts, die innerstaatlichen Rechtsvorschriften ...“

Laut Kommentar dazu bedeutet dies u.a.:

- c) Transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen achten die Rechte der von ihrer Tätigkeit betroffenen lokalen Gemeinschaften sowie die Rechte indigener Völker und Gemeinschaften im Einklang mit internationalen Menschenrechtsnormen wie dem Übereinkommen (Nr. 169) über eingeborene und in Stämmen lebende Völker, 1989. Sie achten insbesondere die Rechte indigener Völker und vergleichbarer Gemeinschaften, ihr Land, ihre sonstigen natürli-



*Ebenfalls frei zum Abbau von Baustoffen?
HeidelbergCement-Gelände in Heidelberg
(Quelle: www.heidelbergcement.com)*

⁹ [Separate and Unequal](#) - Israel's Discriminatory Treatment of Palestinians in the Occupied Palestinian Territories, Human Rights Watch Report, 19.12.2010

¹⁰ [Normen der Vereinten Nationen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte](#), Dt. Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), 2004

¹¹ einen Überblick gibt Elisabeth Strohscheidt von Misereor in [UN-Normen zur Unternehmensverantwortung](#), Vereinte Nationen 4/2005

chen Ressourcen sowie ihr kulturelles und geistiges Eigentum zu besitzen, zu besiedeln, zu entwickeln, zu kontrollieren, zu schützen und zu nutzen.

Gemäß Norm 11 unterlassen sie

„jede Tätigkeit, die die Staaten oder andere Rechtsträger beim Missbrauch von Menschenrechten unterstützt, einen solchen von ihnen verlangt oder sie dazu ermutigt. Sie trachten ferner danach, sicherzustellen, dass die von ihnen bereitgestellten Güter und Dienstleistungen nicht für den Missbrauch von Menschenrechten genutzt werden.“

Und Norm 12 verlangt, dass sie „die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sowie die bürgerlichen und politischen Rechte“ achten.

Auch das vom UN-Menschenrechtsrat angenommene Papier des UN-Sonderbeauftragten für Menschenrecht und transnationale Konzerne, John Ruggie verlangt von privaten Unternehmen Menschen- und Völkerrecht zu respektieren und jegliche Komplizenschaft bei Verstößen dagegen zu unterlassen.¹² Das gleiche gilt für die Richtlinien der OECD, in der Israel seit September 2010 Mitglied ist.

HRW erinnert schließlich noch daran, dass die Nürnberger Militärtribunale 1948 die Konzernmanager zur Verantwortung zog, die Eigentum nach Maßgabe von Gesetzen konfiszierten, die internationalem Recht widersprachen.

Verkauf von Hanson Israel scheiterte

HeidelbergCement versuchte 2009 Hanson Israel zu verkaufen. Allerdings nicht, wie viele schon frohlockten, wegen der Kritik, sondern wegen der hohen Schulden die der Konzern aufgehäuft hat.¹³

Aus dem Verkauf wurde aber nichts. Gegen die Übernahme der israelischen Tochter durch das israelische Unternehmen Mashav, hatte das israelische Kartellamt Bedenken angemeldet. Andere Interessenten, die einen angemessenen Preis zahlten wollten fanden sich nicht (siehe: [Heidelberg Cement bläst Verkauf von Israel-Geschäft ab](#), Handelsblatt, 30.12.2009 und: HeidelbergCement behält Israel, Rhein-Neckar-Zeitung vom 24.6.2010.)

Ein Verkauf wäre ohnehin nur ein kleiner Sieg, da der Raubbau unter einem anderen Eigner weiterginge. Besser wäre es, wenn HeidelbergCement gerichtlich dazu gezwungen werden könnte, den Steinbruch aufzugeben – entweder durch ein Urteil des israelischen Gerichtshof oder durch ein deutsches Gericht.

Panorama-Dokumentation

Anfang September hat sich auch das **NDR Magazin Panorama** des Themas angenommen und brachte am 02.09.2010 eine Dokumente über das illegale Steinbruchgeschäft von HeidelbergCement. Titel: Deutsches Investment: Raubbau im Palästinensergebiet.¹⁴

Transkript des Beitrags: <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2010/panoramazement101.html>

Als Video: <http://daserste.ndr.de/panorama/media/panorama545.html>

Zu Wort kommen u.a. der israelische Rechtsanwalt Michael Sfard und der dt. Völkerrechtler Prof. Stefan Oeter.

Michael Sfard:

„Die deutsche Firma macht über ihre israelische Tochter Gewinn, indem sie im besetzten Westjordanland Baustoffe abträgt und in Israel verkauft. Das ist nach meinem Verständnis des Völkerrechts verboten.“ ...

¹² John Ruggie, [Respect, Protect and Remedy: A Framework for Business and Human Rights](#), A/HRC/8/5, 7.4.2008

¹³ [Major contractor tries to divest from Israel as boycott pressures increase](#), Kuwait Times, 15.7.2009

¹⁴ [Völkerrechtsverstoß: Deutsches Unternehmen beutet palästinensische Rohstoffe aus](#); Pressemitteilung NDR, 01.09.2010

„Die Bundesregierung sollte es deutschen Unternehmen verbieten, Verbrechen zu begehen. Für mich sind das hier klare Verstöße gegen das Völkerrecht. Und ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie dem Einhalt gebietet.“

Prof. Stefan Oeter:

„Es werden im Grunde die Ressourcen dieses Gebietes geplündert, ohne dass daraus irgendein wirtschaftlicher Mehrwert für das Gebiet erwüchse. Und das ist eigentlich verboten nach den Regeln für die besetzten Gebiete. Einem zukünftigen Palästinenserstaat werden auf diese Art Ressourcen entzogen, die er später dringend für den Wiederaufbau der Wirtschaft brauchen würde.“

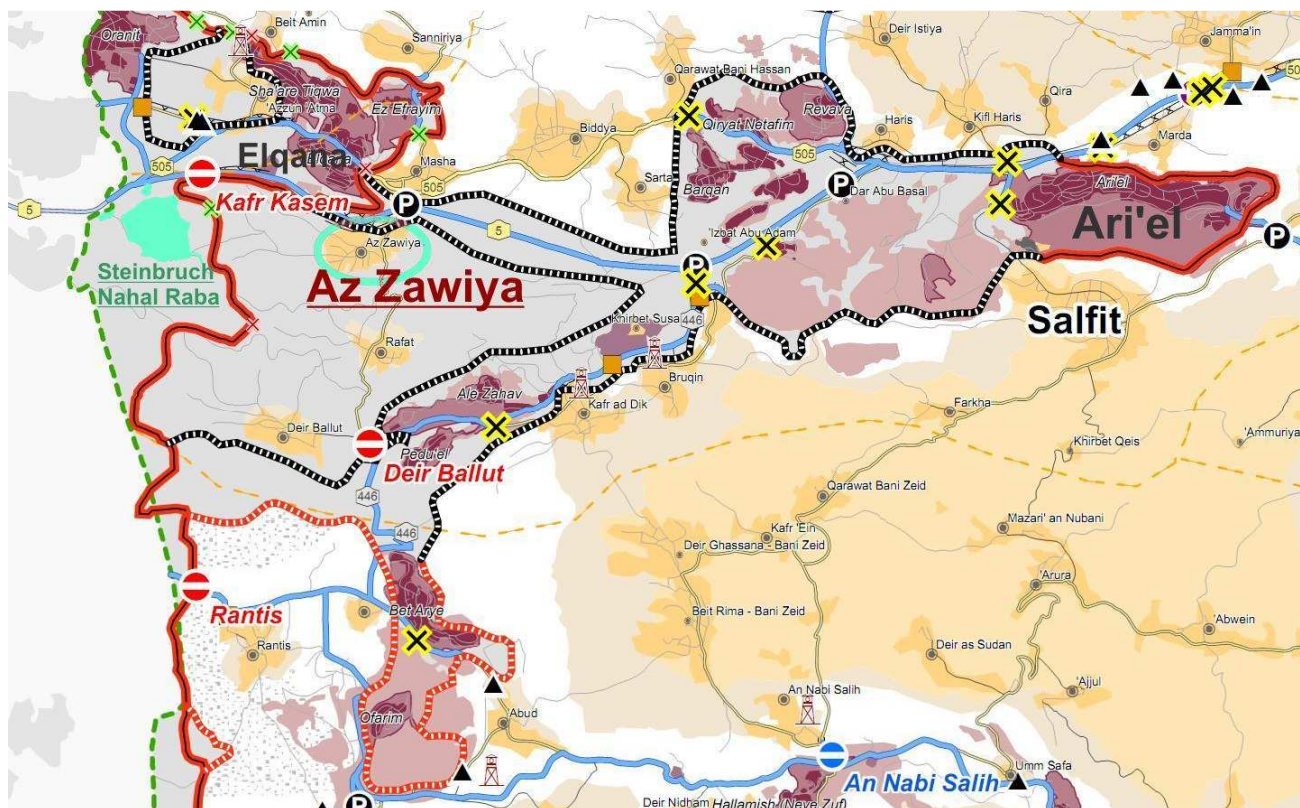
HeidelbergCement verweigerte einen Kommentar dazu. Die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes war völlig nichtssagend.

Anmerkungen:

Az Zawiya

Az Zawiya gehört zum palästinensischen Salfit-Distrikt und hat ca. 4000 Einwohner. Es liegt nahe der Grünen Grenze im sogenannten „Ariel-Finger“ (siehe Auszug aus der [Westbank-Karte](#) des „Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten“ der UNO, UN-OCHA, vom April 2007). Hier schneidet die im Bau befindliche Trennungsmauer eine gut 20 km tiefe Enklave aus dem Westjordanland heraus.

Das Gebiet um Az Zawiya und seinen Nachbardörfern Rafat und Deir Beilut wird dann jenseits der Mauer liegen, jedoch durch eine separate Sperranlage vollständig eingezäunt und nur von Norden durch eine Unterführung des dortigen Siedlerhighway zugänglich sein.¹⁵



Rot sind die fertigen, schwarz die geplanten Sperranlagen eingezeichnet. Grau ist das Gebiet, das diesseits der Mauer verbleibt. weinrot getönt die Siedlungen. Kafr Kasem ist ein Checkpoint auf der Siedler-Highway No. 5 (blau), mit P ist die Unterführung gekennzeichnet, die bald der einzige Zugang zu dem Gebiet sein wird.

Quelle: [West Bank: Access and Closure](#), UN OCHA, April 2007

¹⁵ Karte "[West Bank: West Bank: Access and Closure](#)", UNOCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs), April 2007

Die Dorfbewohner leben überwiegend von der Landwirtschaft, die durch den enormen Landraub von 1948 und danach stark beeinträchtigt wurde. Für den Bau der Sperranlagen wurden erneut zig



Az Zawiya und Steinbruch aus der Luft. Die Aufnahme ist vermutlich einige Jahr alt –

Quelle: [Google Maps](#)

Hektar Land enteignet.¹⁶



Steinbruch auf Kosten von Aboriginis

Das Westjordanland ist nicht das einzige Gebiet in dem HeidelbergCements Firmentochter Hanson fragwürdige Praktiken verfolgt.

So hat sich die Firma in Westaustralien in der Nähe von bei Perth einen riesigen Steinbruch auf Kosten von Aboriginis, den Nyungah, ständig erweitert.

Der Konflikt spitzt sich nun massiv zu, da der Steinbruch sich immer mehr dem „Eulenstein“, einem Stammesheiligtum der Nyungah nähert.¹⁷

¹⁶ [Az Zawiya village lands under unlawful confiscation attack by the Israeli Occupation](#), ARIJ, 29.11.2005, sowie [More of Az Zawiya village lands confiscated for the construction of a security road](#), ARIJ, 9.10.2006

¹⁷ [Nyongar Elders fear quarry work will destroy sacred sites in the Darling Range](#), Perth.Indimedia, 6.11.2009, sowie ein [Bericht](#) der Gesellschaft für Integrale Ökologie und Sozialforschung, Kopie davon [hier](#). Es gibt auch einen ausführlicher [Report zweier Antropologen](#) vom März 2009 auf der Homepage der Nyungah dazu